

Markus Freitag, Prof. Dr., geboren 1968, ist seit 2011 ordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern. Nach dem Doktorat in Bern war er am Europainstitut Basel, an der ETH Zürich und an der University of Essex (GB) tätig. 2004–2005 war er Juniorprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin, anschliessend Professor für Vergleichende Politik an der Universität Konstanz. Er erforscht die gesellschaftlichen Folgen der direkten Demokratie, Aspekte sozialer Beziehungen und der Toleranz sowie die politische und soziale Partizipation in der Schweiz und im internationalen Vergleich. Zudem leitet Freitag die wissenschaftliche Dauerbeobachtung des freiwilligen Engagements in der Schweiz (Freiwilligen-Monitor Schweiz).

Die hier geäusserte Meinung muss nicht der Auffassung von Redaktion oder Universitätsleitung entsprechen.



© Markus Freitag

Volksrechte stärken den sozialen Kitt

Von Markus Freitag

Es gilt als das Schlüsselmerkmal erfolgreicher Demokratien: Sozialkapital. Diese Ressource findet sich in zwischenmenschlichen Bindungen. Die miteinander Verbundenen können sie einsetzen, um persönliche wie kollektive Vorteile zu erzielen. Solche Gemeinschaftlichkeit ist in diesen Tagen mehr denn je gefragt – und akut gefährdet, schenkt man den aktuellen Gesellschaftsdiagnosen Glauben, die den sozialen Kitt auseinanderbröckeln sehen.

Medialisierung, Individualisierung und veränderte Lebensgewohnheiten fordern demnach die Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Miteinanders zunehmend heraus und gefährden mit Nachdruck die Fundamente des sozialen Zusammenhalts. Ein guter Teil dieses wahrgenommenen Verlusts an Gemeinschaftlichkeit wird der digitalen Revolution zugeschrieben. Den unbestrittenen Vorteilen der Social Media als unerschöpfliche Quellen von Informationen stehen ernstzunehmende Nachteile der digitalen Welt entgegen: Medien und Verkabelungen legen dem sozialen Austausch von Angesicht zu Angesicht die Schlinge um den Hals, wenn Neuigkeiten nicht mehr beim Gang in die Nachbarschaft und zu Freunden und Kolleginnen ausgetauscht werden, sondern lieber aus dem Netz und von Bildschirmen gesogen werden. Die Welt ist zum Dorf geworden. Allerdings zu einem Dorf, dem das Gespür für die Gemeinschaft abhanden gekommen ist, da das Internet ortsungebunden operiert und wenig identitätsstiftende soziale Beziehungen generiert.

Die Daten zur Schweizer Zivilgesellschaft vermögen dieses düstere Bild allerdings nicht pauschal zu bestätigen. Rund 70 Prozent der Bevölkerung sind in Vereine eingebunden, zwischen 20 und 25 Prozent

üben dabei noch eine unbezahlte Tätigkeit zugunsten Dritter aus. Mit Ausnahme eines rücklaufenden Austausches mit den Nachbarn finden wir seit der Jahrtausendwende weiterhin nur wenig Hinweise für einen abnehmenden Rückhalt der Schweizer Bevölkerung im Umfeld des Familien-, Freundes- und Bekanntenkreises. Im internationalen Vergleich erreicht die Schweiz bei all diesen Gesichtspunkten sozialen Zusammenlebens zudem verhältnismässig hohe Werte und reiht sich damit unter den sozialkapitalstärksten Nationen Europas ein.

Allerdings lassen sich auch ernsthafte Anzeichen eines Niedergangs des Schweizer Sozialkapitals erkennen. So ist die Vereinsbindung seit Beginn der 1970er Jahre generell zurückgegangen, und die Untervertretung der Jugend in zivilgesellschaftlichen Organisationen hat sich akzentuiert. Während in den 1970er Jahren unter allen Vereinsmitgliedern noch rund die Hälfte aus 20- bis 39-Jährigen bestand, hat sich der Anteil dieser Altersklasse heute nahezu halbiert. Diese Zahlen können als ein alarmierendes Signal hinsichtlich künftiger Entwicklungen im Vereinsektor und dem damit zusammenhängenden Sozialkapital gedeutet werden: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Hinzu kommt das immer problematischer werdende Unterfangen, politische Ämter auf lokaler Ebene zu besetzen und so das Milizwesen in Gang zu halten. Es ist hie und da Sand im zivilgesellschaftlichen Getriebe der Schweiz zu vermerken, der soziale Kitt scheint an einigen Stellen porös zu werden. Risse tun sich vor allem überall dort auf, wo sich das spassige Miteinander nicht mit Unverbindlichkeit paart, sondern gemeinwohlorientierte Verpflichtungen und Verbindlichkeiten einfordert.

Bleibt die Frage, welche Massnahmen ergriffen werden können, um die Zivilgesellschaft zu stärken. Wir wissen, dass Bildung allgemein das Bewusstsein für die gesellschaftliche und persönliche Bedeutung des öffentlichen Engagements fördert. Darüber hinaus werden nicht selten insbesondere Hochgebildete von ihrem Umfeld auch zur Übernahme von Leitungsfunktionen innerhalb dieser Strukturen angefragt. Mit anderen Worten: Will man die Zivilgesellschaft nachhaltig stärken, darf es kein Nachlassen in der Bildungspolitik geben. Humankapital fördert Sozialkapital und bedarf der besonderen Pflege von Seiten der politischen Entscheidungsträger.

Zudem bietet sich die direkte Demokratie zur Förderung der Zivilgesellschaft an: Weil die Durchsetzung politischer Ziele mit der kollektiven Bündelung einzelner Interessen wahrscheinlicher wird, sollten Individuen in direktdemokratischen Gemeinwesen eher an zivilgesellschaftlichen Vereinigungen teilhaben. Volksrechte erhöhen die Möglichkeiten, persönliche wie kollektive Ziele zu erreichen und fördern darüber hinaus Kommunikation und Konsensfindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Diese Perspektive könnte die immer wieder aufkommenden Diskussionen um den grundsätzlichen Wert der direkten Demokratie um neue Argumente bereichern, denn: Wer die Volksrechte beschneidet, der sägt am Ast der Zivilgesellschaft.

Kontakt: Prof. Dr. Markus Freitag, Institut für Politikwissenschaft, markus.freitag@ipw.unibe.ch

Buchhinweis: *Das soziale Kapital der Schweiz*. Markus Freitag (Hrsg.) – 2014, NZZ libro